

Pressemitteilung

Berlin, den 29. August 2022

9-Euro-Ticket

Keine Nachfolge ohne Energiekostenausgleich, Fernbusse berücksichtigen

Die Bundesregierung hatte im April das zeitlich begrenzte 9-Euro-Ticket im Rahmen eines Energie-Entlastungspakets beschlossen. Nach drei Monaten endet das landesweite 9-Euro-Ticket am kommenden Mittwoch. In den letzten Tagen wurde intensiv in Bund und Ländern über eine mögliche Verlängerung diskutiert.

Die anstehenden Regierungsberatungen hierüber dürfen nicht wieder die eigentlichen Probleme des ÖPNV überlagern: Der auch von den Ländern geforderte Ausgleich für die gestiegenen Kosten fehlt noch immer. Bevor es mit der Weiterführung verbilligter Tickets weitergehen sollte, müssen sich Bund und Länder zuerst über die ausreichende Finanzierung der Bestandsverkehre einigen. Seit mehr als 9 Monaten ist bei dieser wichtigen Frage trotz höchster finanzieller Belastung der Unternehmen keine Einigung in Sicht. „Die Unternehmen werden hier von der Politik im Regen stehen gelassen, während die Kosten weiter explodieren“, sagte dazu bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard. Auch brauchen die ländlichen Räume in Deutschland ein verbessertes ÖPNV-Angebot.

Zudem läuft am 31. August auch der Tankrabatt aus. Vor diesem Hintergrund weist der bdo erneut auf die negativen Auswirkungen für den Busmittelstand und damit auch für die Sicherstellung der Mobilität in ländlichen Räumen hin.

Die aktuelle Umfrage des bdo zeigt, dass es trotz aller Euphorie der Nutzenden für das 9-Euro-Ticket **erhebliche Verwerfungen bei Fernbus- und Gelegenheitsverkehren gab**. Fahrgäste, die früher den Reisebus nutzten, waren in den letzten 3 Monaten in vielen Fällen bevorzugt mit dem Bahn-Regionalverkehr unterwegs. **Fernbusunternehmen mussten im Aktionszeitraum Fahrgastrückgänge von über 80 Prozent verkraften.**

„Für ein mögliches Nachfolgeticket muss neben dem garantierten finanziellen Ausgleich für Mindereinnahmen und Kostensteigerungen auch sichergestellt sein, dass Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten des umweltfreundlichen Reisebusses verhindert werden“, sagte Leonard heute in Berlin. „Daher müssen bei sämtlichen Nachfolgedebatten für ein Klimaticket auch die Fernbusse berücksichtigt werden“, so Leonard weiter.

Darüber hinaus ist eine einheitlichen Mehrwertbesteuerung für alle Busfahrten zwingend erforderlich. Egal ob über oder unter 50 Kilometer – wie bei der Eisenbahn muss auch beim Bus immer der reduzierte Mehrwertsteuersatz gelten.

++++

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Spitzenverband der deutschen Busbranche und vertritt die Interessen von rund 3.000 privaten und mittelständischen Unternehmen aus den Bereichen Personennahverkehr, Bustouristik und Fernlinienverkehr gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Kontakt: Till Dreier, Referent Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 030 / 24089 300 | E-Mail: Till.Dreier@bdo.org

Die EU-Datenschutzgrundverordnung: Hinweis zum Umgang mit Ihren Daten

Dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Schutz Ihrer Daten ein besonderes Anliegen. Mit unseren Newslettern und Veranstaltungshinweisen informieren wir Sie über die Arbeit des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. und wichtige Themen des Busgewerbes. Gerne möchten wir Sie auch in Zukunft über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden halten. Sofern Sie keine Informationen wie Newsletter und Veranstaltungshinweise mehr von uns erhalten möchten, können Sie uns dies selbstverständlich jederzeit ohne Angabe von Gründen per E-Mail an info@bdo.org oder auf dem Postweg an bdo e.V., Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin mitteilen. Sie werden dann die Informationen nicht mehr von uns erhalten. Fragen zum Umgang des bdo e.V. mit Ihren Daten beantworten wir gerne unter info@bdo.org.